

14. Dezember 1981

4. Bericht zur Reaktion der Bevölkerung der DDR zum Treffen Honecker – Schmidt [Bericht O/104e]

Quelle: BStU, MfS, ZAIG 4164, Bl.28–30.

Serie: Ablage O (Reaktionen der Bevölkerung).

Verteiler: Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, Schorm (Mitarbeiterin ZAIG/1).

Vermerk: Im Dokumentenkopf: »Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe« (Verfasser).

Bemerkung: Wiederholt zahlreiche Informationen aus den Berichten O/104a, O/ 104b, O/104c und O/104d.

Verweise: Bericht O/104a vom 11.12.1981, Bericht O/104b vom 12.12.1981, Bericht O/104c vom 13.12.1981, Bericht O/104d vom 14.12.1981 und Bericht O/104f vom 15.12.1981.

In allen Bevölkerungsgruppen wurden die veröffentlichten Tischreden, Interviews, die Pressekonferenz am 13.12.1981 und der Besuch Schmidts in Güstrow mit Aufmerksamkeit und großem Interesse verfolgt.¹ Hervorgehoben wird, dass die Reden und Äußerungen des Genossen Honecker sehr konstruktiv und sachlich waren. In diesem Zusammenhang wird weiter betont, dass die Massenmedien der DDR über das Treffen sachlich, ausführlich und umfangreich berichtet haben.

Bisherigen Hinweisen zufolge äußerten Bürger (insbesondere solche mit aktiven Verbindungen in die BRD und nach Westberlin) nach Verfolgung der Pressekonferenz am 13.12.1981 Enttäuschung darüber, dass offensichtlich keine sofortigen Regelungen hinsichtlich »menschlicher Erleichterungen« in Kraft gesetzt werden.

Überwiegend liegt die Betonung in den bekannt gewordenen Argumenten auf der insgesamt großen politischen Bedeutung des Treffens, wobei Verständnis dafür besteht, dass keine unmittelbaren Verhandlungsergebnisse in Form von Vereinbarungen oder Abkommen vorgelegt worden. Hervorgehoben wird die Nützlichkeit, dass die Delegationen gegenseitig Standpunkte austauschten und damit Ausgangspunkte für weitere Gespräche schafften. In mehreren Fällen wird – nach ersten Hinweisen – auf die von BRD-Minister Franke² während der Pressekonferenz am 13.12.1981 angesprochenen konkreten Verhandlungsgegenstände eingegangen, wobei die Meinung vertreten wird, dass durch gegenseitige Übermittlung von Themen, Vorstellungen und konkreten Verhandlungsgegenständen und spätere detaillierte Gespräche auf zuständigen Ebenen greifbarere Ergebnisse zum späteren Zeitpunkt erzielt und damit gleichzeitig Ausgangspunkt für eine weitere Zusammenarbeit bestehen würden.

Enttäuschte Meinungen wurden von einer Reihe von Bürgern darüber geäußert, dass es zu keinen konkreten Vereinbarungen beider deutscher Staaten über Fragen der Friedenssicherung gekommen ist.

¹ Vgl. die ausführliche Berichterstattung im Neuen Deutschland, in der Berliner Zeitung und in der Neue Zeit v. 14.12.1981.

² Egon Franke, Jg. 1913, SPD, 1969–82 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen.

Bezogen auf die Ausführungen zur Verlängerung der Kreditregelungen bis 30.6.1982 wurden Meinungsäußerungen dahingehend bekannt, dass der »Swing«³ offensichtlich seitens der BRD-Regierung als »Druckmittel« gegen die DDR im Zusammenhang mit »Zugeständnissen« hinsichtlich »menschlicher Erleichterungen« genutzt werden sollte.

Weitere bisher einzelne Meinungsäußerungen (u.a. vom Schriftsteller Peter *Edel*)⁴ enthalten die Befürchtung, dass durch den Verlauf der Gespräche bei politisch schwankenden Bürgern der DDR weitere Sympathien für die Politik der SPD geweckt worden seien.

³ Swing beinhaltete im bilateralen Außenhandel zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland einen vertraglich vereinbarten zinslosen Überziehungskredit. Die Swing-Regelung wurde im Juni 1982 verlängert, aber reduziert, der nichtkommerzielle Zahlungsverkehr erhöht. Als Gegenleistung sicherte die DDR sogenannten Republikflüchtlingen vor dem 1.1.1981 Straffreiheit auf Transit- und DDR-Reisen zu. Westberliner durften Tagesbesuche in Ostberlin und in der DDR bis 2.00 Uhr (bisher 0.00 Uhr) ausdehnen.

⁴ Peter Edel, Jg. 1921, Schriftsteller, Überlebender des KZ Auschwitz, seit 1964 freischaffend.